

Fonds Soziales Wien, Guglgasse 7-9, 1030 Wien

Initiative "Persönliche Assistenz ist mehr Wert –
Förderung für PA in Wien erhöhen!"
c/o Herr Thomas Stix

1030 Wien

Fachbereich Behindertenarbeit,
Mobilität und Beratung
Guglgasse 7-9
1030 Wien
Tel.: 05 05 379 – 10 286
E-Mail: post-fbl@fsw.at
www.fsw.at

Ihre Forderung zur Erhöhung der Förderung für Persönliche Assistenz

Wien, 28.7.2020

Sehr geehrte InitiatorInnen der Initiative "Persönliche Assistenz ist mehr Wert –
Förderung für PA in Wien erhöhen!",

Ihre Schreiben an Herrn Bürgermeister Dr. Michael Ludwig, Herrn Stadtrat Peter Hacker und Frau Geschäftsführerin Anita Bauer zum Thema Persönliche Assistenz – Erhöhung des Stundensatzes wurden zuständigkeitshalber an den Fachbereich Behindertenarbeit, Mobilität und Beratung weitergeleitet. Als Fachbereichsleiter darf ich Ihnen wie folgt antworten:

Einleitend möchte ich anführen, dass sich die Stadt Wien seit Jahren für eine Änderung des Pflegegeldgesetzes für Menschen mit Behinderung einsetzt. Ziel ist es, dass durch eine entsprechende Anpassung des Pflegegeldes die Unterstützung von Menschen mit Behinderung durch das Pflegegeld abgedeckt werden kann.

Dennoch hat sich die Stadt Wien im Jahr 2008 bewusst dazu entschlossen, Persönliche Assistenz im Rahmen der Pflegegeldergänzungsleistung für Persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung (PGE) als Leistung der Behindertenhilfe zu implementieren. Intention war es – zum damaligen Zeitpunkt – diese Lücke zwischen Pflegegeld und bedarfsgerechter Geldleistung vorübergehend – bis zu einer bundesweiten Regelung – zu schließen.

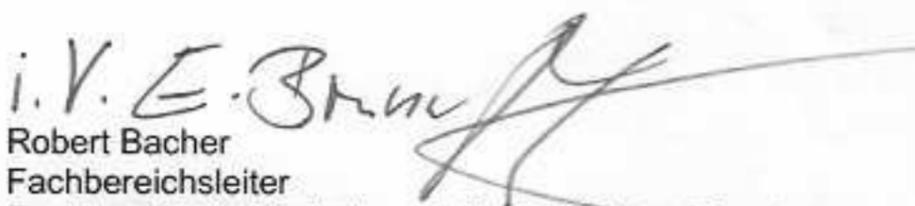
Grundsätzlich war es immer das Ziel, dass die Persönliche Assistenz in die Zuständigkeit des Bundes übergeht. Die PGE war als Übergangslösung gedacht. Es braucht daher den Druck des Landes gegenüber dem Bund, dass es zu einer bundeseinheitlichen Lösung kommt. Durch eine Erhöhung der Fördermittel von Seiten des Landes im Bereich der Persönlichen Assistenz kann dieser Druck nicht erzeugt werden.

Wie Sie wissen, finden Menschen mit Behinderung, die Persönliche Assistenz im Privatbereich benötigen, derzeit in Österreich zudem höchst unterschiedliche Rahmenbedingungen vor. Daher hat zur Erzielung einer bundeseinheitlichen Regelung für die Persönliche Assistenz am 27.2.2020 ein Fachgespräch der Behindertenanwaltschaft und des Monitoringausschusses stattgefunden, an dem neben NutzerInnen von Assistenzleistungen und ExpertInnen im Bereich der Persönlichen Assistenz auch VertreterInnen der Länder und des Bundes teilgenommen haben. In diesem Fachgespräch konnte von den TeilnehmerInnen Einigung dahingehend erzielt werden, dass es einer einheitlichen und bedarfsgerechten Regelung für die Inanspruchnahme Persönlicher Assistenz bedarf. Die dazu notwendigen Schritte sollen in einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von NutzerInnen von Assistenzleistungen erarbeitet werden.

Ergänzend wird festgehalten, dass das aktuelle Regierungsprogramm im Bereich der Persönlichen Assistenz Verbesserungsansätze enthält.

Abschließend darf ich Ihnen versichern, dass ich Verständnis für Ihre Initiative habe und dass sich die Stadt Wien weiterhin für bedarfsentsprechende Lösungen im Rahmen des Pflegegeldgesetzes und auch für eine bundeseinheitliche Regelung der Persönlichen Assistenz engagieren wird.

Mit freundlichen Grüßen


i. V. E. Bacher
Robert Bacher
Fachbereichsleiter
Fachbereich Behindertenarbeit, Mobilität und Beratung